

TÜRKEI

„Der Zopf bleibt“

Angelika Beer, 43, über den Eklat, den ihr rot-grün-gelber Haarschmuck bei einem Besuch in der Türkei auslöste

SPIEGEL: Türkische Politiker haben sich über Ihren Haarschmuck empört, weil er angeblich ein Sympathiebeweis für die kurdische Guerrillabewegung PKK sei. Für den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer sind Sie ein Störfaktor für die Beziehungen zu Ankara. Legen Sie die zwistträchtigen Haarbänder jetzt ab?

Beer: Der Zopf bleibt dran, und die rot-grün-gelben Bänder bleiben drin. Seit mindestens sieben Jahre trage ich die Farben, und zwar nicht aus Sympathie für die PKK, sondern als Erinnerung an meine Freundin Lissy Schmidt, die im Nordirak erschossen worden ist.

SPIEGEL: Dass die Türkei auf die Farben der PKK empfindlich reagiert, war doch vorhersehbar.



Beer

Beer: In den vergangenen sieben Jahren war ich x-mal in der Türkei. Weder bei Nato-Tagungen noch bei Treffen mit türkischen Premierministern wie Necmettin Erbakan oder Mesut Yilmaz ist mein Haarschmuck je thematisiert worden. Zumal allen, die mich und meine politische Arbeit kennen, klar ist: Ich sympathisiere nicht mit Terroristen, ich streite für Menschenrechte.

SPIEGEL: Verstehen Sie denn die Aufregung in der Türkei?

Beer: Ja, auch wenn sich nicht die Türkei aufgeregt hat. Einige Politiker der rechtsgerichteten türkischen Partei MHP und Militärs haben offenbar einen Vorwand gesucht, um vom Thema Menschenrechte und der Kurdenfrage abzulenken. Die politische Stimmung in der Türkei ist sehr angespannt. In Gefängnissen gibt es Hungerstreiks, und die Polizei demonstriert mit Waffen auf der Straße gegen ein Amnestiegesetz. Mein Zopf sollte wohl die absurde These belegen, in Deutschland werde die PKK nach wie vor unterstützt. Noch mal: Mein Schmuck ist kein Sympathiebeweis für die PKK, das muss reichen.



Däubler-Gmelin in Tübingen

SPENDEN

Großzügige Herta

Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) hat ihren Bundestagswahlkampf 1998 zu einem Großteil selbst finanziert. Aus Sorge, das Direktmandat in ihrem Wahlkreis Tübingen könnte wie 1994 wieder an die CDU gehen – damals hatte der CDU-Kandidat mit 247 Stimmen Vorsprung gesiegt –, unterstützte Däubler-Gmelin den Kreisverband mit insgesamt 178 521 Mark. Damit trug sie mehr als die Hälfte der Wahlkampfausgaben von 320 399 Mark. Zum Vergleich: Die Ab-

geordnete Ute Vogt, Landeschefin der SPD Baden-Württemberg, steuerte zu den 131 000 Mark, die ihr Kreisverband Pforzheim im Wahlkampf 1998 ausgab, rund 20 000 Mark bei. Die „Wahlkampfmittel aus dem Privatvermögen von Däubler-Gmelin“, so Sieglinde Schmidt, Kassiererin des Kreisverbands Tübingen, seien zunächst als Mandatsträgerbeitrag verbucht worden. Unsicher, ob das für eine Zuwendung in dieser Höhe zulässig ist, informierte der Landesvorstand die Berliner Zentrale. Die wies eine Summe von 104 642 Mark im Rechenschaftsbericht 1999 dann nachträglich als Spende aus. Däubler-Gmelin ließ sich das Duell um das Direktmandat aber noch mehr kosten. Unter anderem für ein Schreiben, in dem sie sich drei Tage vor der Wahl direkt an die Wähler wandte, streckte die Partei 60 679 Mark vor. Im Februar 1999 löste die Bundesjustizministerin diesen Kredit ab, der Betrag wurde 1999 als Spende verbucht. Weitere 11 179 Mark, die als Mandatsträger-Sonderbeitrag vermerkt wurden, gab Däubler-Gmelin nach Angaben der Kassiererin für Bewirtungen und Telefonkosten aus. Däubler-Gmelin begründet ihr Eigenengagement damit, dass sie „sonst niemanden hat, der das bezahlt“.